



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark; Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Agitiert und arbeitet für den Volksentscheid!

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus,“ so heißt es im ersten Artikel der republikanischen Reichsverfassung. Am 20. Juni hat das deutsche Volk erstmalig zu beweisen, daß es imlande und politisch reif genug ist, seinen Willen als direkter Gesetzgeber durchzusetzen, nachdem Regierung und Reichstag als gewählte Repräsentanten des Volkes entgegen dem Verlangen der mehr als 12 1/2 Millionen Wähler es abgelehnt haben, dem durch Volksbegehren vorgelegten Gesetzentwurf für entschädigungslose Enteignung der Fürsten zuzustimmen und somit Gesetzwahl zu verweigern. So bleibt denn kein anderer Ausweg als der, daß das Volk selbst das Amt des Gesetzgebers ausübt. Dieser geschichtlich höchst bedeutungsvolle Akt muß sich zu einer gründlichen Abwehr der maßlosen Ansprüche der vor der Revolution davongelaufenen Fürsten und ihrer Clique gestalten. Gelingt diese Abwehr nicht, gelingt es den verurteilten Anstrengungen aller Republikaner nicht, die Hälfte aller Wahlberechtigten am 20. Juni an die Wahlurne zu bringen und damit eine Mehrheit durch Abgabe eines Stimmzettels für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu erzielen, dann ist der Weg freigelegt für den unglaublichen Milliardenraub gegen deutsches Volksgut.

Mit dieser Abstimmung fällt aber zugleich die Entscheidung über die Frage

#### Republik oder Monarchie!

Die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr alle wirklichen Republikaner müssen sich völlig klar werden darüber, daß mit dem Aufwerfen der Fagenfrage durch die Regierung Luther und mit dem Bekanntwerden der Putschpläne Hugentbergs und seines hochherrlichen Anhangs

der Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Republik begonnen hat. Die Auslieferung deutschen Volksvermögens an zwei Duzend Fürstlichen Familien würde ein Erlarken der putschistischen, sogenannten vaterländischen Verbände mit Hilfe fürstlicher, dem Staat abgepreßter Gelder bedeuten. Alle Republikfeinde haben sich für den bevorstehenden Kampf gegen Volk und Verfassung zusammengelassen, um den Sieg des Volksentscheids zu verhindern. Die Arbeiterklasse und mit ihr alle Verteidiger der deutschen republikanischen Reichsverfassung nehmen diese Kriegserklärung der Monarchisten zur Kenntnis. Gestärkt durch das mutige Bekenntnis zur Republik, das Millionen deutscher Männer und Frauen beim Volksbegehren abgelegt haben, schöpfen die Verteidiger der Republik neue Kraft, um durch unermüdbare Werbearbeit bis zum 20. Juni das Volksurteil gegen das Gottesgnadentum, gegen die ohnehin schwerreichen Nichtstuer und begehrlichen Parasiten zu einem vernichtenden Volksgericht über alle Republik- und Arbeiterfeinde zu gestalten.

Wo Millionen Arbeitslose mit ihren Familien hungern und darben müssen, wo ein großes Volk unter der drückenden Last aus dem Weltkrieg noch Jahrzehnte leiden wird, da müssen die Gewerkschafter im ganzen Reich alle Kraft einsetzen, um zu verhindern, daß zu der Reparationslast noch die Fürstenlast hinzukommt.

Noch hat das Volk die Macht und das Recht in seinen Händen, noch kann es sein Schicksal am 20. Juni durch den Volksentscheid zu seinen Gunsten wenden. In diesem Tage haben insbesondere alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Kriegs- und Inflationsofer sich zu entscheiden darüber,

ob viele der zahllosen Fürstenschlößer in Volkssanatorien für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner umgewandelt werden sollen, ob aus den sogenannten Fürstenvermögen die benötigten Opfer der Inflation ausreichend erhalten werden sollen,

ob ferner der fürstliche Großgrundbesitz als Siedlungsland an die Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern aufgeteilt werden soll.

oder ob der fürstliche Großgrundbesitz, dieser ganze riesenhafte Besitz, auf dessen Raub der neue Staat ein Anrecht hat, den Fürsten zu beliebiger Verwertung ausgeliefert werden soll.

Für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder entsteht die besondere Aufgabe, an der Gewinnung und Ausfüllung der Millionen Gleichgültiger bis zum Abstimmungstage nach besten Kräften mitzuarbeiten, dafür zu sorgen, daß alle Kreise des schaffenden Volkes zu den Kosten des Volksentscheids beitragen, um den Sieg über die Arbeiter- und Republikfeinde zu einem überwältigenden zu gestalten.

Sammelt euch, schließt die Reihen!

Gehät durch den Volksentscheid das mit der Republik geborene Recht.

„Im Namen des Volkes!“

### Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfmehalf Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willens- und Umgebung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Frage von weittragender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das Volk um den Sieg des Gebantens geht:

#### Vollrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten haben diese Entscheidung heraufbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von fargen Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg,

#### Ihre Vaterlandsliebe

zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen.

Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrschaft, ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volksvermögens als Warte-geld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von

Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher auf seine geduldeten Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habgudt der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Glendjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen jener verfehlten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchistische Gefolgschaft gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganges zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Putschpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des

#### Volksentscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker. Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde. Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Berlin, den 5. Juni 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

### Mensch und Technik.

Mit der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht nur die menschliche Arbeit in anteillos zu verrichtende Teilarbeit herabgewürdigt, sondern der Mensch selbst ist zu einem seelenlosen Werkzeug einer ungeheuren Maschinerie geworden. Ein ununterbrochenes Fasten und Jagen nimmt den Menschen von heute gefangen. Geldverdienens ist vielfach die einzige Lösung. Der Tanz um das goldene Kalb reißt einen großen Teil der heutigen Menschheit in ihren Bann. Mißgunst, Habgudt, Haß und Neid sind die Folge. Alle guten Eigenschaften, jeder tiefere Sinn des menschlichen Lebens wurden von jenen erstgenannten Eigenschaften unterdrückt. Der ungeahnte Fortschritt in der heutigen Technik, der den Menschen Erleichterung seines Daseins bringen sollte, hat den Menschen zu einem gepeinigten Sklaven der Maschine gemacht.

Da erscheint ein Buch zur rechten Zeit, das einen Angestellten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Johann Grötkrupp, zum Verfasser hat: „Mensch und Technik.“ (Industriebeamtenverlag, Berlin NW 40.) „Der heutige Mensch krankt an einem unheilvollen Dualismus. Der intellektuelle Geist hat sein Leben in eine materialistische Zweckwelt gedrängt, in der die Gefühlswelt unserer Ahnen keinen Platz mehr hat. Alles, was einst dem ganzen Leben des Menschen Inhalt gab, was die menschliche Seele höher schwingen ließ, hat nur noch kümmerliche Reste in der „Anbacht“, in den Feiertunden, die im allgemeinen über die Grenzen des Tempels und der Feiertunde hinaus nicht in das tägliche Leben hinauswirkt.“ So heißt es im Vorwort des Buches.

Die Arbeit war es, die den Menschen jenen höheren Flug ins Geistige tun ließ und ihn verstärke. Die Arbeit, das Arbeitspiel der ersten wirtschaftlich tätigen

Menschen, hat den ersten Gemeinschaftsgeist aufleben lassen. Die Arbeit ist auch die Grundlage aller späteren Gemeinschaften gewesen. Wer sehen will, muß erkennen, daß alle wirklich schöpferischen Gemeinschaften in der Arbeit des Menschen gewurzelt haben. „Noch heute stehen wir ergriffen vor den Zeugen der mittelalterlichen Werkkunst. Vor den Kirchenbauten, vor ihrer Schöpfung verfließen die Schöpfungen unserer modernen Technik. Der Hauch des Arbeitsgeistes, einer festlich verbundenen Menschengemeinschaft strömt noch heute auf uns hernieder, wenn wir uns in dem Anblick eines Domes, eines Münsters oder einer Kirche versenken. Der ganze Jammer unserer Zeit entfällt sich uns, wenn wir dagegen feststellen müssen, wie nahe den heutigen Menschen beim Anblick eines modernen großen Gebäudes die Fragen liegen, „was es gekostet haben mag“, oder „welche Firma es gebaut hat“, oder „wieviel Kapital“ es verschlungen hat, oder „ob es sich rentiert“. Das Gespenst aus erzwungener Lohnarbeit und erpreßter Dividende grinst uns aus allen Schöpfungen unserer Zeit entgegen.“

Nicht Kulturziele sind es, um deretwillen gearbeitet wird, sondern die Befriedigung der Profitgier. Der Geist der modernen Zeit wird vom Erwerbssinn diktiert. Es ist der kalte Drang nach materiellem Reichtum. „Die nüchterne Zahl, die kapitalistische Rentabilität ist zum Beherrschenden des menschlichen Wirkens geworden. Auch der Mensch wird nach seinem materiellen Vermögen gemertet, nach Aktien oder nach der Rentabilität seiner Arbeitskraft. Die Wertung des Kapitalisten nach der Summe aus den Ziffern seiner Besitztümer, die Wertung des Arbeiters nach Leistungen nicht eines besetzten Wesens, sondern wie einer Maschine! Der Hochdruck der kapitalistischen Erwerbsgier erzeugt in den Börsen und Banken,

pflanzt sich fort bis in alle Zellen des Volkslebens, in die Orte der Arbeit, in den Genuss, bis an den letzten Arbeiter, in das Atelier des Künstlers, in die Studierstube des Gelehrten und in das Arbeitszimmer des Ingenieurs. Aus allen Poren des Volkstörpers dringt das Gift niedriger Habgier hervor. Wie eine ungeheure Tragödie für die Menschheit erscheint es uns, daß auch der schöpferische Mensch seine Kräfte in den Dienst des Nur-Gewinnmachers hat stellen müssen. . . . Wie die Handarbeit ist auch die schöpferische Kopfarbeit zur erkaufte Dienarbeit für den allbeherrschenden Kapitalismus herabgewürdigt worden. So entfällt sich der Kapitalismus als ein aus kleinsten Anfängen des Handels herausgewachsenes Riesengeschäft, dessen einziger Zweck ein profitbringender Handel mit Dingen, Tieren und Menschen und dessen einziges Ziel das für die menschliche Seele wertlose Anhäufen materieller Güter ist."

Es ist ein erhebendes Zeugnis für die moderne Arbeiterklasse, daß in ihr noch Reste eines idealen Menschentums lebendig sind. Die Solidarität, das gegenfeitige Zusammenstehen sind die stärksten Waffen, die dem übrigen Teil der Menschheit vollständig fremde Begriffe sind. Und das macht auch die Unbesiegbare der Arbeiterbewegung aus. Wohl ist es richtig, daß auch in den Reihen der Arbeiterklasse Reiz und Mißgunst Einzug gehalten haben, daß auch bei ihnen sich Ansätze der kapitalistischen Erwerbssieger bemerkbar machen. Doch im großen und ganzen ist es immer noch die Arbeiterklasse, von denen am reinsten die besseren Eigenschaften der Menschen ausstrahlen. Freuen wir uns dessen und hören wir, was Grötkrup als das Gegenteil feststellt: „Noch herrscht der Mensch erst scheinbar über die Naturkräfte, nur scheinbar hat er die außerhalb seines Wesens wirkenden Naturkräfte in seine Dienste gezwungen. Während er glaubte, sie zu lenken, haben sie über die Menschenkraft hinausgewachsen, Eigenkräfte gewonnen und beherrschen ihn als Maschine, Technik, Wirtschaft. Gebendend von ihrer Herrlichkeit, sieht der Mensch nicht, wie sie ihn in den Bahn eines Wachstums und in ein Jagen nach inhaltslosen Phantomen hineingetrieben haben. Wie das Volk Juda um das goldene Kalb tanzte, so veranstaltet das heutige Volk einen mühsamen Tanz, einen Fortritt, um das papierene Ungetüm von Geld, Aktien, Dividenden. Wie eine Gottesgeißel heßt die Sucht nach materiellem Besitz die Menschen aufeinander.“ Und weiter: „Die Rentabilitäts- und Buchergespensier, die Föllner, deren Schatten hinter jedem Schraubstock, hinter jeder Maschine, hinter jedem Kohlenwagen stehen, müssen erst aus dem Tempel der Arbeit verjagt werden — dann wird die Arbeit zum Satrament des Alltags werden können.“ Das hier angezogene Buch verdient es, daß es von der Arbeiterklasse in Massen gelesen und mit Heißhunger verschluckt wird. In schmuckem Halbleinwand kostet es 3,50 Mk. und ist von jeder Buchhandlung zu beziehen.

Mensch und Technik, zwei ungeheute Begriffe. Mit Hilfe der Technik vermochte der Mensch seinen Reichtum an materiellen Gütern, an den Genüssen des Lebens ins Ungemessene zu steigern. Und doch, oder gerade deshalb hungern Millionen, sind in Deutschland mehr als zwei Millionen Menschen ohne Arbeit. Der Reichtum den die Technik hervorbrachte, hat also nur einer Klasse, der der Besitzer an Produktionsgütern Nutzen gebracht. Wahren wir deshalb unseren Idealismus, unsere Solidarität, die ethischen Teile der Arbeiterbewegung und kämpfen wir dafür, daß der maßlose Reichtum, den die Technik der Menschheit beschert, allen Menschen zugute kommt.

### Was für ein Unsinn.

In der Börsenwochenschau der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 30. Mai singt der Berichterstatter eine Lobeshymne auf die Kursentwicklung der Aktien

der I.G. Farbenindustrie A.-G. Dabei verzapft er folgenden Unsinn: „Dieser Besitz (an Aktien der I.G.) hat durch die Kurssteigerung von 103 Proz. zu Jahresanfang bis 184 Proz. beträchtlich an Wert gewonnen. Deutschland ist dadurch um viele Millionen reicher geworden. . . . Dazu tritt die Gewinnausschüttung. Ueber 64 Millionen werden in der Dividende ausbezahlt. Diese Summe breitet ihren Segen nach allen Seiten aus. Ein Teil davon wird von neuem angelegt.“ Deutschland soll reicher geworden sein, und zwar um die Summe von rund 520 Millionen Mark, die die Kurssteigerung der Aktien der I.G. ergibt. Vernunft wird Unsinn. . . . Die deutsche Volkswirtschaft ist um keinen Deut reicher geworden, es sei denn, die Aktien der I.G. würden samt und sonders im Ausland abgesetzt. Reicher geworden sind nur die glücklichen Aktionäre der I.G., die ihren Besitz um diese Summe der Kurssteigerung vermehren konnten. Und dann der Segen der Dividendensumme! Wären die 64 Millionen den Arbeitern und Angestellten der I.G. zugute gekommen, dann hätten sie einen Segen ausgebreitet. Bei einer Belegschaft von nehmen wir an 100 000 Personen hätte jeder 640 Mk. bekommen.

## 440 000 Notleidenden

künftig jeden Mittag und Abend eine warme Mahlzeit geben . . . .

## 100 000 Lungenkranke

künftig Jahr für Jahr zur Heilung in die Schweiz schicken . . . .  
Ist besser als

## 3 Milliarden vom Volksvermögen an die Fürsten verschleudern.

Es gibt nur einen Weg:

## Volksentscheid! Ernennung zum Deine Stimme sei Ja, Ja

Um diese Summe wäre die Massentaufkraft gesteigert worden und die Wirtschaftskrise hätte dadurch eine Belebung erfahren können. Aber wenn diese Summe in neuen Aktienpapieren angelegt wird, davon hat die Volkswirtschaft nicht den geringsten Vorteil. Man sieht aber an diesem Beispiel, welcher volkswirtschaftlicher Unsinn in dieser Art. Zeitungen manchmal verzapft wird.

## Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Am 21. August dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß in Kopenhagen der Grundstein zum internationalen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Landeszentralen und damit zum internationalen Gewerkschaftsbund gelegt wurde. Die leitenden Körperschaften des I.O.B. haben beschlossen, diesen Gedenktag nicht unbemerkt vorübergehen zu lassen, sondern vielmehr die Gelegenheit zu benutzen, um für die Gewerkschaftsbewegung verstärkte Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft hinzuweisen.

Dem eigentlichen Erinnerungstage soll eine Propagandawoche vorausgehen, in der unter der Parole „Hinein in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtkundentag!“ eine großzügige Agitation für den Eintritt in die Gewerkschaften geführt wird.

Diese Agitation wird sich den Gewohnheiten der einzelnen Länder anpassen müssen und daher verschiedenartig sein; im allgemeinen wird aber gedacht an Hausbesuche bei den noch unorganisierten Arbeitern, an Fabrikbesprechungen, an Versammlungen und an Demonstrationen unter freiem Himmel. Die Arbeiterpresse soll veranlaßt werden, während der Propagandawoche den gewerkschaftlichen Problemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und vor allem die Frage des Kampfes um den Achtkundentag zu behandeln.

Da der Monat August für die in Aussicht genommene Propaganda nicht geeignet ist, wurde beschlossen, die Vierteljahrhundertfeier nicht am 21. August, sondern wie den Antikriegstag 1924 am dritten Sonntag im September zu begehen. Die Feier findet daher am Sonntag, dem 19. September, statt; die Propagandawoche fällt in die Zeit vom 15. bis 18. September.

Um den internationalen Charakter der Vierteljahrhundertfeier ganz besonders zu betonen, soll die Heranziehung ausländischer Redner in Aussicht genommen werden; diese haben die Möglichkeit, nicht nur bei der eigentlichen Feier zu den Arbeitern zu sprechen, sondern auch während der Propagandawoche mitzuwirken.

## Das faschistische Arbeitsgesetz.

Von Dalmo Carnevali.

In der Begründung, die der Parliamentsauschuß dem Entwurf des neuen italienischen Arbeitsgesetzes beigegeben hat, stehen die bezeichnenden, der faschistischen Weltanschauung genauestens entsprechenden Worte:

„Der faschistische Staat hat die Pflicht, alle lebendigen Kräfte des Landes ohne Ausnahme zu beherrschen und zu regulieren, er muß alle Kräfte in eine den Interessen der Nation parallele Richtung lenken. Der faschistische Staat kann nicht wie das liberale oder demokratische Regime zulassen, daß die gemaltigen Kräfte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen den politischen Parteien bei ihren Wahlmanövern und ihren parlamentarischen Auseinandersetzungen zur Verfügung stehen. Der faschistische Staat sieht in diesen Organisationen die Quelle des künftigen Nationalvermögens. Industrie, Handel, Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk müssen zu immer höherer Verwirklichung ihrer Erzeugungsmethoden geführt werden; der Staat aber muß als höchster und unparteiischer Richter zwischen den sozialen Klassen vermitteln, er muß ihre Beziehungen untereinander regeln und das friedliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten aller sozialen Schichten erzwingen.“

Wie die Banken das Sammelbeden des Kapitals sind und die werbende Kraft des Geldes potenzieren, so sind die Gewerkschaften Sammelbeden und Kraftpotenzierungen des Kapitals der Proletarier — der Arbeit. Der faschistische Staat reißt die Führung der Gewerkschaften an sich, um selbstherrlich jede ihrer Bewegungen zu regeln und zu dämpfen, während er den Kapitalvermögen des Kapitals, den Banken und den großen Industrieunternehmen, freies Spiel gewährt. Nichts ist zu merken vom faschistischen Dämpfungseifer, wenn kapitalistische Unternehmen Raubzüge gegen die Verbrauchermassen organisieren.

Arturo Garbriola bemerkt zum neuen Arbeitsgesetz, daß der Faschismus es als Ruhestütze betrachtet, die Streiks abgelehnt zu haben. Wo aber bleibt die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters, wenn ihm in seinem Kampfe um bessere Löhne die Waffe der verarbeiteten Arbeitsniederlegung aus der Hand geschlagen wird? Mit dem Streikrecht fällt die Freiheit des Arbeiters. Und noch schlimmer ist es, wenn die Arbeiter nicht mehr das Recht haben sollen, ihren zugehörigen Gewerkschaften zu bilden oder sich nach freiem Ermessen für den Anschluß an diese oder jene Gewerkschaft entscheiden zu können, wenn sie sich zwingungsweise Gewerkschaften anschließen müssen, die von der Regierung oder von der Regierungspartei abhängen und daher Regierungspolitik treiben müssen. Die Freiheit der arbeitenden Klassen wird vom Faschismus dem Staatsgedanken untergeordnet, der Staat wirft sich einerseits auf zum Herrn des Proletariats, das entsprechende Gegenstück auf der kapitalistischen Seite aber fehlt. Die selbständigen Gewerkschaften der Arbeiter werden mit einem Federzuge ausge-

## Statistisches zur Fürstenabfindung.

Von Ernst C w a l t.

In Braunschweig muß jeder Untertan jährlich eine Mark hergeben, um Wilhelms Schwiegerohn ein Jahresentkommen von 350 000 Mk. zu verschaffen. Den Land- und Forstbesitz, der dem abgeanteten Herzog geschenkt worden ist, darf man getrost auf 36 Millionen Mark schätzen. Würde der Verlust, der dem Braunschweiger Volkvermögen durch Herausgabe jener Werte entfallen ist, auf die Bewohner abgewälzt werden, so müßte jeder Braunschweiger sich mit rund 70 Mk. an dieser einmaligen Umlage beteiligen. Nicht gerechnet sind: zwei Schlösser, ein Oestü, die Hälfte von Museum und Bibliothek, Stadtrundstücke und sehr umfangreiches „Privatvermögen“. Als Ernst August 1913 nach Braunschweig kam, besaß er dort kein Ar, keinen Salin und auch kein sonstiges „Privatvermögen“. Die fünfjährige Herzogszeit hat sich gelohnt.

Die Großherzoginwitwe von Sachsen-Weimar hat sich ihre Jahresrente betamlich mit 1400 Proz. aufwerten lassen. Sie verlangte seiner Aufwertung der einmaligen Barabfindung von drei Millionen Papiermark, die beim Vertragsabschluß 73 700 Goldmark wert war und 1931 zahlbar ist. Wäre das Sperrgesetz nicht dazwischen gekommen, so hätte sie es mit Hilfe der Justiz mittlerweile sicher durchgesetzt, daß die drei Papiermillionen in ebenso viele Goldmillionen umgewandelt worden wären. Und wir hätten das Schauspiel erleben können, daß der Staat gewissermaßen ihre „Ansprüche“ mit 4000 Proz. aufwertet. Und jeder sächsisch-weimariische Staatsbürger müßte dann

Anno 1931 im Durchschnitt sieben Mark auf dem Altar der Landesmutter opfern, eine vierteljährige Familie also immerhin 28 Mk. Aber das ginge noch an. Aus Staatseigentum hat die Dame bisher zwei Forsten erhalten, Größe 4700 Hektar, Wert — vorläufig geschätzt — 14 Millionen Mark. Hätte sie sich deren Wert in bar auszahlen lassen, so wäre jedes ihrer Landesfinder um 32 Mk. geschöpft worden. Nicht unbegriffen sind die sagenhaften 75 Rittergüter, über deren Größe und Wert sie überhaupt nichts verkaufen läßt, die aber ihr einwandfreier Privatbesitz sind. Nicht unbegriffen sind ferner die diversen Schlösser, Kunstschatze usw.

Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat seinen Untertanen bisher 12 Millionen Mark in bar abgehöpft. Das macht mehr als 50 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Dazu Schlösser, Forsten und städtischen Grundbesitz gratis. Der Staat erbt: das Vergnügen, die Vermögenssteuer für 1919 an Stelle des Herzogs zu bezahlen und eine Aufschüttung des Auseinandersehungsvertrages wegen „Irrtum, Zwang und Drohung“. — Wie viele Zehnmarkstücke wird der Altenburger Staatsbürger noch herausrücken müssen, falls der Volksentscheid nicht aufräumt?

Der Grundbesitz des Anhalters Erzherrzogs (14 700 Morgen landwirtschaftlicher Boden und nahezu 56 000 Morgen Wald) wird auf 9,6 Millionen Mark taxiert. Die Schätzung ist zweifellos zu niedrig. Aber selbst ein Verlust von 9,6 Millionen Mark würde bei einer Umlage jeden Anhaltiner mit knapp 30 Mk. im Durchschnitt betrafen. Er durchschlägt auf jeder für die Barabfindung 20 Mk. Durchschlägt außerdem noch zahlen müssen und ferner nochmals 30 Mk. für die Verforgung der ehemaligen

Hofbeamten. Macht zusammen bei einer vierteljährigen Familie aus . . . ?

Die elf Millionen Papiermark Abfindung für den Exherzog von Sachsen-Weimaringen hatten beim Vertragsabschluß den Wert von 5,8 Millionen Goldmark. Zu dieser Summe müßte jeder Bewohner des Bändchens bis herunter zum kleinsten Säugling 21 Goldmark besteuern. Nachdem sie bereits einmal ausgezahlt worden war, wurde sie auf 8,4 Millionen Mark aufgewertet (Aufwertung auf 150 Proz.). Sollte auch diese Summe zur Auszahlung gelangen, dann wird jeder Weimaringer nochmals ungefähr 30 Mk. für den standesgemäßen Unterhalt des erlauchten Herrscherhauses opfern müssen. Allein für die Barabfindung! Die äußerst wertvollen Sachwerte, die der Staat eingedöhft hat, bleiben unberücksichtigt.

Ueber 170 000 Morgen Forsten hat der Engländer Karl Eduard sich aus dem Koburger Staatseigentum angeeignet, d. h. über Drittel des Waldbestandes, mehr als ein Fünftel der Grundfläche des Bändchens, ein Wert, der mit 130 Millionen Mark sicher nicht zu hoch geschätzt ist. Wenn das Staatsvermögen eine beratigte Einbuße erleidet, so müßte naturgemäß die Steuerzahler früher oder später den Verlust ausgleichen. 130 Millionen Mark, verteilt auf die wenigen Bewohner des Koburger Bändchens, machen immerhin die Kleinigkeit von 500 Mk. pro Kopf. Würde man die Steuerzahler noch für die kostbaren „Hausaltds“ (Möbilar, Schmuck, Silberzeug, Bibliothek, Sammlungen, Gothaer Sternwarten) an den herzoglichen Gentlemen bluten lassen, so käme sogar eine erhebliche höhere Summe in Be-



Wicht, die Industriellen- und Agrariervverbände aber bleiben unabhängig bestehen, die Arbeiter werden in die faschistischen Korporationen getrieben, für die Mitglieder der Unternehmungsorganisationen gibt es keine Zwangsmitgliedschaft der Regierung.

Durch das faschistische Gesetz werden alle aus kollektiven Beziehungen entstehenden Streitigkeiten, dreie es sich nun um die Anwendung bereits bestehender Verträge oder um die Forderung nach Änderung der Arbeitsbedingungen, in obligatorischer Weise der Zuständigkeit der Appellationshöfe unterstellt. Die gleichen Gerichtshöfe sind in verbindlicher Weise zuständig für alle Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen, die zwischen Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitern, oder zwischen Unternehmungen öffentlicher Natur oder öffentlichen Interessen und ihren Arbeitern entstehen. Bei Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen zwischen anderen Kategorien von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist die Zuständigkeit der Appellationshöfe zwar nicht ohne weiteres verbindlich, sie wird es aber, sobald beide streitenden Teile seine Zuständigkeit einmal erwählt haben. Bei jedem der 16 in Italien bestehenden Appellationsgerichtshöfe wird je eine besondere Abteilung für Arbeitsstreitigkeiten gebildet, die mit drei Richtern und zwei vom Gerichtspräsidenten auszuwählenden Sachverständigen besetzt wird.

In allen jenen Streitfällen, in denen der Appellationsgerichtshof von Gesetzes wegen zuständig ist, oder freiwillig als zuständig anerkannt worden ist, ist sowohl Aussperrung als Streik verboten.

Arbeitgeber, die dieser Bestimmung zuwiderhandeln und zwecks Erzwingung von Vertragsänderungen ihre Betriebe schließen, werden mit Haft von drei Monaten bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zehn- bis hunderttausend Lira bedroht. Desgleichen wird allen Arbeitern und Angestellten, die zu dem gleichen Zwecke und auf Verabredung in einer drei Mann übersteigenden Anzahl die Arbeit verlassen oder sie in einer Weise leisten, daß der ordnungsmäßige Gang des Betriebes gestört wird, Haft von einem bis drei Monaten angedroht. Rädelsführer und Organisatoren solcher Streiks werden mit Haft nicht unter einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zwei- bis fünf-tausend Lira bedroht.

Wir sehen, der Faschismus beauftragt mit schlanter Geste die Gerichte, das schwierigste Problem unseres Jahrhunderts zu lösen! Nun hat aber, seit die Welt steht, noch nie ein Gericht ein Problem gelöst, immer aber war das Vorhandensein und die Tätigkeit der Gerichte der Beweis des Vorhandenseins ungelöster Probleme.

Wir wollen uns nicht bei der Erörterung der Frage nach der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit der Gerichte aufhalten. Wichtiger erscheint uns die Frage: Ist der Zweck des faschistischen Arbeitsgesetzes der, das ungestörte und gleichmäßige Fließen der privaten Kapitalien zu sichern, oder soll wirklich die Erzeugung gehoben werden? Wird das Arbeitsgesetz ein Segen oder ein Fluch werden?

Für den Faschismus regeln sich alle diese Fragen turz-hand mit der Abschaffung des Streiks. Das Streikverbot, das die Faschisten als großen Fortschritt feiern, ist aber in Wirklichkeit ein Schritt rückwärts; denn es bedeutet die Abschaffung einer der jüngsten Errungenschaften des Proletariats. Was bietet der faschistische Staat der arbeitenden Klasse als Gegenwert für diese Beschränkung ihres wichtigsten Rechts, für die Auslieferung ihrer stärksten Waffe? Er übernimmt die Verteidigung der Rechte der Arbeiter in seine eigene Regie. Ist nicht der Verdacht gerechtfertigt, wenn er das tut, daß er es nur tut, um sie zu unterdrücken? Sieht überhaupt die Unterdrückung des Klassenkampfes im Interesse der Produktion? Mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktion tritt immer deutlicher die Lastfrage in den Vordergrund, daß der Klassenkampf ein Lebens-element der Produktion ist. Immer deutlicher wird dabei auch, daß der Staat lediglich die Aufgabe hat, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, daß es aber am besten ist, wenn er sich allen Klassenbewegungen gegenüber gewissenhafter Unparteilichkeit befleißigt. Wie werden staatliche Vormundschaft, bürokratische Regelung und Richterpruch das einzig gerechte freie Spiel der Kräfte des Wirtschaftslebens ersehen können. Wenn die rauhe Hand des Staates in den feinen Mechanismus der Wirtschaft eingreift, so kann nur Zwang, Ungerechtigkeit und Unterdrückung die Folge sein, wenn der Staat aber noch dazu faschistisch ist, so weiß man, daß der Unterdrückte stets der Arbeiter sein wird.

tracht. Die Steuerzahler werden diese Summe aufbringen müssen, wenn der Volkstentwurf keinen Erfolg hat!

In Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen verlangt das abgelebte Duodezfürstentum 21 Domänen und 20 000 Hektar Wald. Der Waldbestand würde allein ein Neuntel der Bodenschätze der beiden ehemaligen Fürstentümer ausmachen. Ueber die Größe der 21 Domänen ist nichts bekannt. Sollten sie auch nur 20 000 Hektar enthalten, so wäre fast der vierte Teil der Länder Eigentum der Fürstenfamilie. Verteilt man die 60 Millionen Mark — so viel sind die Forsten allein wert! — auf die Bevölkerung, so ergeben sich 300 Mk. pro Kopf.

Das Domänenland (13 000 Morgen, Wert 10 Millionen Mark) und die 14 000 Morgen Forsten (Wert 11 Millionen Mark) des Detmolder Fürstentums belasten die Bewohnerschaft mit 140 Mk. pro Person. Abgesehen von den beiden Schößern, die man dem Fürsten verehrt hat.

Schaumburg-Lippe: Eine Domäne und umfangreiche Forsten, der abgegangenen Herrscherfamilie zugehängt, haben den Staatsbürgern einen Volksvermögensverlust von 210 Mk. pro Kopf beschert.

Jeder Bewohner von Mecklenburg-Strelitz hat bisher weit über 400 Mk. aufbringen müssen, um sein deutsch-montenegrinisch-russisches angeamtes Herrscherhaus zu betrieblen. Davon im einzelnen: 60 Mk. pro Kopf für den russischen Großfürsten, Deserteur und Vaterlandsverräter Karl Michael, über 80 Mk. für die Mont-

## Die Konsumgenossenschaft im Großstadtleben.

ff. Fast in allen Ländern der Welt, wo die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Fuß gefaßt hatte, waren die Großstädte nur wenig von ihr berührt. Unter den Warenhäusern und Geschäftsvierteln der großstädtischen Metropolen blühten die Konsumgenossenschaften kümmerlich wie Mauerbäumchen. Daß dies nicht nur auf parteipolitische Ursachen zurückzuführen war, wie in Berlin, zeigt die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung der Großstadt London, welche ebenso zurückgeblieben war, wie die berlinische, die ja infolge ihrer Rückständigkeit bis ins erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts herein das spöttische Miß-

### Fürstenabfindung.

Helfst den armen deutschen Fürsten,  
Die, statt auf dem Thron zu thronen,  
Jedwem im Elend wohnen  
Und verhungern und verdursten.

Die, statt fröhlich zu regieren  
Das Gold froh zu verschwenden,  
Ohne Obdach jetzt verenden,  
Auf der Strafe halb erfreren.

Duldet nicht, daß jene Recken  
Das Geringste nur entbehren,  
Je durch Arbeit sich entehren  
Und die Tradition besacken.

Sollt den Dank, der ihr'n'n gebührt,  
Nettet sie aus ihren Meiten,  
Denn den herrlichsten der Zeiten  
Haben sie uns zugeführt.

Sorgt voll Dank für die Mätressen,  
Die die Fürsten animierten  
Und sie lieblich verführten,  
Denn sie haben nichts zu essen.

Denkt gerührt an die Bastarde,  
Schönster Liebe schönste Söhne,  
Stiilt die lauten Klagebände  
Dieser hehren Prinzengarde.

Gebt das Letzte eurem König,  
Ged't ihm eura Goldmilionen,  
Schößler, Landbesitz und Kronen.  
Dann verehrt höchst untertänig!

Abdul Karil.

fallen der deutschen Konsumgenossenschaften erregt hatte.

Run ist dies aber im letzten Jahrzehnt ganz anders geworden und Berlin wie London wetteifern mit dem Konsumverein Wien um die Palme der nach der Mitgliederzahl stärksten Genossenschaftsorganisation der Welt. An erster Stelle, absolut und relativ genommen, d. h. in bezug auf die Bevölkerungszahl, steht der Konsumverein Wien mit rund 170 000 Mitgliedern; ihm folgt der Konsumverein London mit 165 000 Mitgliedern und dann die Konsumgenossenschaft Berlin mit rund 154 000 Mitgliedern. Dann folgt aber an erster Stelle hinter den „ganz Großen“ die „Produktion“ Hamburg mit 118 000 Mitgliedern und dann erst in langem Abstand die

negrinerin, das übrige für die Familie des Erzgroßherzogs. Immer noch nicht genug. Es werden noch 5,8 Millionen Mark angefordert. Also noch 56 Mk. pro Kopf des Unterans, soweit man in Mecklenburg von Köpfen reden kann. Und zwar: je 10 Mk. an die montenegrinische Kronprinzessin, je 4 Mk. pro Kopf für die Prinzessin Julius Ernst zur Lippe, je 42 Mk. für die Großherzoginwitwe nebst Familie. Die Kleinigkeiten, die die Mätressen fordern, fallen demgegenüber gar nicht ins Gewicht.

Alles bisherige war nur ein Kinderspiel gegen die Zustände im „Freistaat“ Walded (der noch immer keine freistaatliche Verfassung besitzt). Die 94 000 Morgen Forsten des Fürsten allein bilden fast ein Viertel der Grundfläche des Bändnisses (ganz abgesehen von dem nicht zu knapp geratenen Domänenprivatbesitz des Fürstentums) und belasten die bleibenden Waldbauer mit sage und schreibe 1200 Mk. pro Untertan! Außer den schon erwähnten Domänen sind den Abgedankten dort noch zuerkannt worden: Schößler (Bauzuschüsse trägt der Staat), Fischerel- und Jagdrechte und — das wundern uns schon gar nicht weiter! — Bezahlung aller direkten Reichssteuern für die fürstliche Familie durch den Staat bis 1930! Versailles ist gar nichts dagegen! Arme Waldbauer!

Die großen Kanonen unter den Absindefrüchten lassen sich auch nicht lumpen. Was der bayerische Ruprecht aus seinem Volk herausgepreßt hat, wird — ganz befrieden — auf 150 Goldmillionen geschätzt. Er hat seine getreuen Mannen also immerhin um 21 Mk. pro Staatsbürger erleichtert.

Pariser Konsumgenossenschaft mit etwa 90 000 Mitgliedern (1924: 84 000).

Die Weiterführung der Statistik würde zwar los ergeben, daß in Deutschland die Zahl der größten Konsumvereine zwischen 20 000 bis 80 000 Mitgliedern überwiegt gegenüber allen übrigen Ländern der Welt. Die russische Konsumgenossenschaftliche Bewegung fällt mehr oder weniger aus diesem Rahmen heraus, weil sie trotz ihrer übertragenden Gesamtmitgliederzahl von etwa sieben Millionen auch in Großstädten wie Moskau sich auf mehrere Genossenschaften am gleichen Platze verteilt. Vergleiche mit ihr sind überhaupt kaum möglich, weil die Mitgliedschaft von Arbeiter- und Bauernkorporationen abhängig und sehr wenig durchsichtig ist. Da zum Teil auch Zwangsmitgliedschaft besteht, so fehlt das moralische Element für einen Vergleich mit der sich aus freiem Willen entwickelnden Genossenschaft.

Was nun die Londoner Konsumgenossenschaft anbelangt, so ist es für deutsche Genossenschaftler äußerst lehrreich, mit welcher Stärke der Engländer in wirtschaftlichen Dingen angezogen wird, wenn er sich erst einmal mit ihnen befaßt. Bei 110 659 Mitgliedern im Jahre 1923 betrug der Jahresumsatz rund 53 Millionen Mark; im Jahre 1925/26 aber bei 165 000 Mitgliedern rund 80 Millionen Mark. Und in den ersten zwei Monaten des Jahres 1926 wurden 15 200 Mitglieder neu gewonnen. Das „zurückgebliebene“ London wird sich also sehr bald an die erste Stelle der großen Konsumgenossenschaften der Welt gesetzt haben und alle anderen in bezug auf Mitgliederzahl und Umsatz weit hinter sich lassen.

Da der Geschäftsbericht der Konsumgenossenschaft Berlin über das Jahr 1925 bei einer Mitgliederzahl von 154 000 Familien einen Umsatz von nur 28 Millionen Mark ausweist, so ist leicht zu erkennen, daß der englische Genossenschaftler die wirtschaftliche Bedeutung seiner Unternehmung rascher erfaßt und besser zu nützen versteht als der deutsche. Woher es denn auch kommen mag, daß die englische Genossenschaftsfamilie einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 800 Mk. erzielt, während es die deutsche nur auf etwa 208 Mk. bringt. Im ganzen haben ja die 1314 englischen Konsumvereine mit 4,7 Millionen Mitgliederfamilien einen Jahresumsatz von rund 3700 Millionen Mark, während die rund 2000 deutschen Konsumvereine mit rund 4 Millionen Mitgliederfamilien es im Jahre 1925 kaum auf 1000 Millionen Mark, also noch nicht die erste Milliarde gebracht haben.

Allerdings ist zu sagen, daß neben der realpolitischen Veranlagung des genossenschaftlichen Engländer auch die viel weiter ausgeübte Genossenschaftswirtschaft eine Rolle spielt. So besitzt der Londoner Konsumverein neun Bäckereien, in denen wöchentlich 480 000 Laibe Brot hergestellt werden; zur Ausfuhr der Bäckwaren werden 260 Pferde und 80 Motormagen benötigt. Es sind aber auch 254 (Berlin 193) Verteilungstellen vorhanden für Kolonialwaren, Fleischwaren, Bäckwaren, Luche, Schuhe, fertige Kleidung, Eisenwaren, Möbel und Obst und Gemüse. Ein eigenes Landgut liefert die Mitglieder mit erstklassiger Milch, deren Durchschnittsbedarf pro Woche 373 000 Liter beträgt. Und 19 Kohnenlager verfahren wöchentlich 2000 Tonnen gleich 40 000 Zentner Kohle an die Mitglieder. In der genossenschaftlichen Schlächtereier werden wöchentlich 54 Stück Rindvieh, 300 Schafe und Lämmer und 106 Schweine geschlachtet und die Gefrierfleischabteilung hat einen Wochenbedarf von 72 Rinderquartieren und 40 Lämmern und Schafen zu decken. In puncto Schlächtereier ist allerdings zu sagen, daß die Hamburger „Produktion“ mit 800 Stück Rindern, Schweinen, Lämmern und Hammeln im Wochenumschnitt den Londoner „Rekord“ mit 460 Stück weit hinter sich läßt.

Die 900 Millionen Mark, die von den Hohenzollern verlangt werden — eine Summe, die sicher viel zu niedrig taxiert ist — bedeuten eine Mehrbelastung der preussischen Bevölkerung um 23 Mk. pro Kopf im Durchschnitt.

Die Ansprüche sämtlicher ehemaliger Herrscherhäuser beziffern sich betamlich auf 2550 Millionen Mark, d. h. die Gottesgnadenmänner wollen jedem ihrer früheren Landesfürsten durchschnittlich 42 Mk. aus der Tasche ziehen. Macht bei einer fünfstöpfigen Familie eine Mehrbelastung von 210 Mk., die in den nächsten Jahren durch Erhöhung der Ausgaben aufgebracht werden muß.

Was sind 2 Milliarden und 550 Millionen?  
Diese Summe in Hundertmarktscheinen einzeln aneinandergelegt, würde die Strecke von Moskau bis Madrid bedecken. In Fünfhundertmarktscheinen würde dann die Reihe einviertermal um die Erde reichen.

Würden die Fürsten sich den Betrag nur in landwirtschaftlichen Grundbesitz ausliefern lassen, so müßte man ihnen den gesamten landwirtschaftlich genutzten Boden der Freistaaten Sachsen, Thüringen, Baden und Hessen-Darmstadt präsentieren. — Müßte jene Summe dar in Gold gezahlt werden, so müßte man den Fürstlichen 15 Oltterzüge mit je 30 Wagen zusehen, jeden Wagen mit zwei Tonnen Goldes beladen. Mit zweieinhalb Milliarden könnte das deutsche Volk die sämtlichen Millionen von Kriegssopfern zehn Jahre lang unterhalten!

Diese Werte gehören dem Volke, sie müssen dem Volke erhalten bleiben!

Aber im ganzen ist doch zu sagen, daß die geistliche Mentalität des Engländer, d. h. seine ganze geistliche Einstellung zu den konfessionsgesellschaftlichen Bewegungen eine viel stärkere ist und daß man immer noch und leider auf vielleicht noch lange Zeit hinaus wüßte n muß, daß die deutschen Arbeiter und Verbrauchermaßen das englische Vorbild einholen und — übertreffen möchten. Woju eben wirtschaftliche Einsicht in die nächstliegenden eigenen Interessen und Willensenergie auch im Kleinen gehört.

## Leber die Mode.

(Alle Rechte des Verfassers vorbehalten.)

Die Mode ist in der heutigen Weltwirtschaft sehr bedeutungsvoll. Ob sie uns gefällt oder mißfällt, ob wir sie begehren oder vermissen: sie ist und wird vermutlich noch lange, noch sehr lange sein. Jeder muß sich auf seine Art mit ihr abfinden. Auch wer sich gegen die Mode auflehnt, wird doch da und dort von ihr berührt. Denn wir können uns den Dingen, die um uns herum sind, kaum ganz entziehen.

Allgemein gedacht ist Mode das, was an gewissen Orten in Kleidung, Wohnung, im Umgang, in der Beschäftigung Sitte ist. Etwas enger aufgefaßt verstehen wir unter Mode die gerade herrschende Art, sich zu kleiden. In der Hauptsache geht sich die Mode in der Art des Stoffes, im Zuschnitt und in der Farbe des Stoffes. Daran sind viel mehr Menschen beteiligt, als es obenhin scheint. Beim Landwirt fängt die Verfeinerung des Urstoffes an, in der vornehmsten Schneiderwerkstätte erhält der Stoff die letzte Naht und Glätte. Viele wissen gar nicht, daß sie mit der Mode zu tun haben und doch geht durch ihre Hände manches, was zur Mode gehört. Nadel, Fäden, Knöpfe, Bügelstiche, Nähmaschinen brauchen wir für die modische Kleidung und die Bearbeitungsmittel und Zutaten werden daraufhin eingestellt. Wir führen Rohstoffe aus fremden Ländern ein und fertige Kleider aus. In den Handelsverträgen muß auf die Mode Rücksicht genommen werden. So ist die Mode innig mit dem Gesellschafts- und Wirtschaftsleben verflochten. Daraus geht schon hervor, daß eine gewisse Wohlhabenheit vorhanden sein muß, wenn sich Moden bilden sollen, und in der Tat: Je reicher, gebildeter, größer, wirtschaftlich entwickelter ein Volk ist, um so rascher wechselt bei ihm die Mode, und je ärmer, ungebildeter und kleiner ein Volksstamm ist und je abgeklärter er lebt, um so weniger ändern sich Kleiderstoff, Zuschnitt und Farbe des Stoffes.

Der wissenschaftliche Volkswirt möchte die Verschleudungen der Mode erklären, die sich in der Volkswirtschaft auswirken. Er erforscht das Wesen und die Bedeutung der Mode! Was ist und warum ist dies so, das sind die Fragen, die er zu beantworten sucht.

Mode ist die herrschende Art sich zu kleiden, hieß es hier. Zur Mode gehört also eine gewisse Allgemeingültigkeit. Was nur einige wenige tragen, ist keine Mode. Das zweite bei der Mode ist der Wechsel innerhalb einer bestimmten Zeit. Wechselt die Mode nicht, dann erstarrt sie. So sind Trachten erstarrete Moden. Ob eine geplante Mode sich durchsetzt, das hängt von Geschmack und den Geldmitteln der Nachfragenden ab. Der Philosoph Gimmel bezeichnet sie als: „ein Erzeugnis sozialer Bedürfnisse“. Er weist darauf hin, daß die begüterten Schichten das Bedürfnis empfinden, sich von anderen abzuheben und abzuwechseln, die anderen Schichten aber wollten sich anlehnen und nachahmen. Er betrachtete die Mode als eine der Lebensformen, durch die man „die Tendenz“ nach sozialer Egalisierung mit der nach individueller Unterscheidlichkeit und Abwechslung in einem einheitlichen Tun zusammenführt.“ Löst man diesen Wust von Fremdwörtern auf, so wird man dies so ausdrücken können: Die Mode ist eine Lebensform, die darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Unterschiede zu verwischen und persönliche Unterschiede und Abwechslung zusammenzubringen.

Walter Troeltch, der einen sehr lehrreichen Vortrag über die Mode hielt, kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Er führte etwa aus, daß durch die Unterwerfung unter die Mode die Unterschiede verwischt werden, die zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen in Geschmack und Lebensstil, in Qualität und Richtung der Nachfrage bestehen. Wer sich der Mode anpaßt, gilt als Kulturmenschen; wer außerhalb der Mode bleibt, wird als Sonderling betrachtet. Zu dieser Auffassung haben die anwachsenden Großstädte mit ihrem großen Bedarf viel beigetragen. Die möglichste Vereinheitlichung des Bedarfs für gewisse Jahreszeiten hat sich im großen und ganzen durchgesetzt.

Kaum aber ist die Mode Gemeingut breiter Volksschichten geworden, so verspüren die Wohlhabenden das Bedürfnis, über den Rahmen des Alltäglichen hinauszuragen. Hier gilt, was Adam Smith schon im 1760 herum sagte: Der Reichtum will bemerkt werden. Die begüterten Volksgenossen möchten sich von den übrigen abheben. Da es ihre Mittel ermöglichen, so brauchen sie ihre Kleidungsstücke nicht abzutragen. Das Neueste kommt ihnen daher gerade recht, denn von der vollstimmig gewordenen Mode möchten sie sich abwenden. So gleicht die Mode der Meereswelle; bevor die eine abgelaufen ist, bilden sich nach A. Raschs zutreffendsten Bilde schon weitere, die ihr folgen oder sie gar überholen.

In unserer Ueberschrift ist schon angedeutet, daß wir volkswirtschaftliche Betrachtungen anstellen wollen. Für den Volkswirt ist es bedeutungslos, wie sich der einzelne Verbraucher zu der Mode stellt, seine ganze Aufmerksamkeit wendet sich der Mode als Massenerscheinung zu. Da steht die Frage im Vordergrund: Welche Wirkung übt sie auf die Nachfrage aus?

## Aus den Zahlstellen.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 28. Mai im Gewerkschaftshaus. Genosse Martetz spricht über: „Jugend und Gewerkschaften“. Ausgehend von den Beziehungen der Gewerkschaften zur wertigen Jugend in den Vorkriegsjahren, von den gewerkschaftlichen Kämpfen im besonderen, berichtet der Redner von den völlig veränderten Verhältnissen seit der Revolution, an denen auch die Jugend erheblichen Anteil genommen hat. Von allen Kreisen wird sie stark umworben; das Bürgertum und das Unternehmertum lassen es sich etwas kosten, um uns einen gewerkschaftlichen Nachwuchs vorzuenthalten. Wir haben gewerkschaftliche Jugendarbeit für die Verbesserung der Gegenwartsverhältnisse der Jugend zu betreiben. Damit dienen wir zugleich der Zukunft. Dafür muß die Jugend gekultet werden. Redner brachte eine Fülle Stoff und Beispiele dafür herbei, die im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung der Jugend in lebhafter Darbringung vermittelt werden müssen. Bei unserer Arbeit mit der Jugend genügt es nicht nur, die materielle Seite unserer Bestrebungen zu behandeln, auch durch kulturelle Veranstaltungen müssen wir versuchen, den ganzen jungen Menschen zu erfassen. Dabei muß die erwachsene Arbeiterschaft helfen. Dann wird die Jugend auch Vertrauen zu ihr haben, ihr Interesse an der Bewegung wird wachsen. Wollen wir eine Ueberalterung der wertigen Gewerkschaftsmitglieder und Mitarbeiter vorbeugen, dann muß planmäßig und kraftvoll die Jugendarbeit in der Organisation gefördert werden.

In der Aussprache traten die Kollegen Schaller, Jubb, Lohse und Damm für die Unterstützung unserer Jugend-

## Wenn Sie jetzt noch nicht begriffen haben

um was es sich bei dem Volksentscheid am 20. Juni handelt, dann ist Ihnen einfach nicht zu helfen.

bleiben Sie nur zu Hause und sorgen Sie auf diese Weise dafür, daß die ehemaligen Landesfürsten ihre 2 1/2 Milliarden bar auf den Tisch gelegt bekommen. Dann wissen Sie wenigstens auch, an wen Sie sich zu halten haben, wenn Sie Ihr ganzes Leben lang auf keinen grünen Zweig kommen.

Wir sagen es Ihnen zum letztenmal: Jeder einsichtige Deutsche stimmt beim Volksentscheid mit Ja!

**Zum Wohle der Allgemeinheit!**

abteilungen ein. Im Schlußwort konnte der Referent noch von der wichtigen Mitarbeit in den Jugendbehörden sprechen, die nur Erfolg hat, wenn Jugend und Arbeiterschaft sich für ihre eigenen Angelegenheiten verwenden. Für den von großer Sachkenntnis getragenen Vortrag wurde dem Genossen Martetz reicher Beifall zuteil.

Unter Punkt 2 wies der Kollege Lohse auf die im Mitteilungsblatt gedruckte Abrechnung vom 1. Quartal 1926 hin. Auf Antrag des Kollegen Hoym wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Vom Kollegen Lohse wurde dann noch angeregt, Sammlungen für die Arbeitslosen vorzunehmen, wie es bei Auer u. Comp. bereits geschieht. Einige Kollegen lehnten die freiwilligen Beiträge ab und wünschten, daß Extrabeiträge ausgeschrieben werden, damit alle Mitglieder erfasst werden. Es verbleibt aber doch bei der freiwilligen Sammlung. Nach einigen weiteren Mitteilungen schloß der Kollege Lohse die nächtig besuchte Versammlung.

Bielefeld. Mitgliederversammlung vom 31. Mai 1926. Kollege Just machte im Auftrage des Ortsvorstandes den Vorschlag, ein Sommerfest am 12. Juni im Burggarten zu feiern. Die Versammlung gab ihre Zustimmung. Nach vorläufiger Erledigung einer persönlichen Angelegenheit machte Kollege Just auf das Jugendtarif aufmerksamer und wies auf den am 11. und 12. Juli stattfindenden Jugendtag hin. Es wurde beschlossen, die Versammlungen in Zukunft nur im Bedarfsfalle abzuhalten. Für den am 29. August stattfindenden Sonntag in Detmold wurden die Kollegen Just, Ruhmann und Kollege Balt einstimmig gewählt. Zum Schluß setzte eine lebhafte Debatte über den am 20. Juni stattfindenden Volksentscheid ein, an der sich die Kollegen Intamp, Just, Ballmeyer und Kleinert beteiligten. Mochten auch die einzelnen Ansichten verschieden sein, in eine matter waren alle einzig: den Fürsten nichts, dem Volke alles. Kollege Ballmeyer wies noch besonders darauf hin, daß es Pflicht eines jeden sei, dafür zu sorgen, daß in den Betrieben sich ein jeder an der Wahl beteilige und die Säumigen aufgerufen werden.

## Literatur.

In einer Broschüre erschienenen kleinen Schrift: „Der wahre Sozialismus der Zukunft“ (Verlag Deutscher Arbeiter-Vereine, Band Berlin SO 16, Einzelheft 29, Preis 20 Pf.) unterzeichnet der bekannte schweizerische Gelehrte und Sozialist Professor Dr. August Korol den Versuch einer sozialistischen Weltanschauung, um mit ihr zu dem „wahren Sozialismus der Zukunft“ zu kommen. Die kleine Schrift kann, soweit sie nicht durch die Parteischiedsfindung des Rates gekürzt wird, direkt vom Verlag bezogen werden.

## Rundschaun.

Das gleichzeitige Anlegen von zwei Personen an einem Tegel ist verboten. Manul werden viele Kollegen sagen, daß ist doch selbstverständlich. O nein, so selbstverständlich ist das manchem Unternehmer nicht. In letzter Zeit ist — und nicht nur in einem Betriebe — festgestellt worden, daß die Unternehmer zwei Kolleginnen zu gleicher Zeit an einer Tegelbrudrerpresse anlegen lassen. Unsere Organisationsleitung hat sich natürlich sofort ins Mittel gelegt und die betreffenden Buchdruckereibesitzer auf die Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen und verlangt, daß nur eine Arbeiterin an Tegel beschäftigt werden darf. Als das nichts half, mußte die Gewerbeaufsicht anrufen werden, die in einem Leipziger Fall auf die Beschwerde des Bauleiters entschieden hat, daß die Berufsgenossenschaft das gleichzeitige Anlegen zweier Personen an einem Tegel gemäß § 10 Abs. 2 der Unfallverhütungsvorschriften verboten hat. Wir weisen unser Mitglieder darauf hin, daß dieses Verbot für alle Tegelbrudrerpresse gilt. Ueberall, wo zwei Personen gleichzeitig an einem Tegel anlegen, ist der zuständige Bauleitung sofort Mitteilung zu machen, damit für Abhilfe gesorgt werden kann. Die Gesundheit unserer Mitglieder darf nicht dem heiligen Profit geopfert werden.

Neuabschluss des Tarifes der Lithographen und Steinbruder. Die Steinbruder haben ihren Tarif wieder unter Dach und Fach. Wesentliche Änderungen sind nicht vorgenommen worden. Es ist heutzutage schon schwer, wir wissen das aus eigener Erfahrung, überhaupt zu einer Verlängerung des alten Tarifes zu kommen. Bei den Gehältern in Lithographie- und Steinbrudergewerbe konnten die Unternehmer irgendetwelche Vorteile für sich nicht durchsetzen. Nach recht schwierigen Verhandlungen wurde der alte Tarif mit Fortfall und Zufuß einiger weniger wesentlicher Bestimmungen neu abgeschlossen.

Eine unerwartete Freude machten die Inhaber der Buchdruckerei Liebheit und Thibien in Berlin ihrem Personal anlässlich des 60jährigen Bestehens der Firma. Jeder Arbeiter erhielt einen Wochenlohn als Jubiläumsgeschenk. Wie uns aus Kollegenkreisen der dort Beschäftigten mitgeteilt wird, hätten sie nichts dagegen, wenn die Firma in jedem Jahr unter diesen Umständen ein Jubiläum feiern könnte. Der aufrichtigsten Glückwünsche ihres Personals wäre sie gewiß.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 31. Mai bis 5. Juni gingen folgende Beträge bei der Hauptkassa ein:

Für das erste Quartal: Stuttgart 3500 Mt., Breslau Restbetrag 108,82 Mt.

Für das zweite Quartal: Gau Thüringen 1000 Mt., Bielefeld zweite Rate 500 Mt.  
Berlin, den 5. Juni 1926. H. Lohse.

Für die Woche vom 13. bis 19. Juni ist die Beitragsmarke in das mit 24 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedsarte zu kleben.

Unserem lieben Kollegen Hermann Langenbacher nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Zahlsstelle Freiburg i. Br.

## Zahlsstelle Dresden.

Dienstag, den 15. Juni, abends 6 Uhr

## Mitglieder - Versammlung

in den „Annenfäden“, großer Saal, Fischhofplatz 10.

### Tagesordnung:

1. Die Bedeutung des Volksentscheides zur entschädigungslosen Fürstenabfindung für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Vortragende: Reichstagsabg. Frau Dr. Staege mann, Dresden.
2. Stellungnahme zur Abfindung des Steinbrudrlohnaufkommens durch die Unternehmer zum 30. Juni 1926.
3. Beschlußfassung über weitere Erhebung von Extrabeiträgen zum Zwecke der Unterstützung ausgefallener arbeitsloser Mitglieder.
4. Gewerkschaftliches.

Verte Kollegeninnen und Kollegen!

Wir erwarten einen überaus zahlreichen Besuch, da es jedes Mitglied für nötig erachtet muß, sich Aufklärung zu verschaffen, welche Stellung es zum Volksentscheid einzunehmen hat. Der 2. Tagesordnungspunkt ist dazu angetan, das gesamte Stützpersonal des Steinbruders auf die Beine zu bringen. Die Unternehmer haben den Tarif gekündigt und verlangen Abban der Löhne. Auch erfordert der dritte Verhandlungspunkt das Interesse eines jeden Mitgliedes. Darum erscheint alle Mithelk die Säumigen auf! Sorgt für ein volles Haus!

Mit toll. Gruß

Die Ortsverwaltung. J. A.: Franz Herrmann.

## Berlin.

Die Fahrt nach Rauen findet nicht am 20. Juni sondern am 11. Juli statt. Nähere Bekanntmachungen folgen.

J. A.:

Gust. Grohmann.

Verantwortlich für die Redaktion: A. S. H. G. Charlottenburg, Westendstr. 18. Druck: Westend-Verlagsgesellschaft, Charlottenburg. — Druck: Westend-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft. — Druck: Westend-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft. — Druck: Westend-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft.